

Freie Demokraten

Landesverband
Thüringen **FDP**

Antragsbuch

**30. ordentlicher Landesparteitag
der FDP Thüringen**

05.November.2016

Bad Blankenburg

Nr. Antragsteller

Satzungsänderungsanträge

S1 Landesvorstand

S1 Landesvorstand

Leitantrag

Landesvorstand

Bildung, Wissenschaft, Hochschule und Kunst

1 LFA 1 – Bildung, Wissenschaft, Hochschule und Kunst, Jungen Liberalen (JuLis) Thüringen

2 LFA 1 – Bildung, Wissenschaft, Hochschule und Kunst

3 LFA 1 – Bildung, Wissenschaft, Hochschule und Kunst

Innen, Justiz, Bund, Europa

4 KV Jena, KV Saale-Holzland-Kreis, Dr. Thomas Nitzsche, Patrick Frisch

5 Jungen Liberalen (JuLis) Thüringen e.V.

6 Dirk Bergner, KV Greiz

7 Dirk Bergner, KV Greiz

8 Dirk Bergner, KV Greiz

9 Dirk Bergner, KV Greiz

10 Dirk Bergner, KV Greiz

Wirtschaft, Arbeit, Infrastruktur

11 KV Erfurt, Thomas L. Kemmerich, Tim Wagner

Gesundheit, Familie, Gleichstellung, Soziales

12 LFA IV, KV Wartburgkreis-Eisenach, Robert-Martin Montag

13 LFA IV, Robert-Martin Montag

14 LFA IV, Robert-Martin Montag

Antragsinhalt

Änderung des § 16 Abs 3 Landessatzung (Teilnahme, Stimm- und Rederecht)

Änderung des § 28 Abs 4 Landessatzung (Die Landesvertreterversammlung)

Mit Mut und Optimismus die Zukunft gestalten – Reformstau in Deutschland beenden!

Sicherung der Gleichwertigkeit von Berufsbildung und akademischer Bildung Berufsausbildung in Thüringen zukunftsorientiert gestalten

Die digitale Bildung als Zukunftsmodell

Beschulung von Migranten, bzw. Migrantenkinder systematischer organisieren und durchführen

Gemeinsam stärker und erfolgreich für unsere Jena-Saale-Holzland-Region

Politische Mitbestimmung statt abstrakter Planspiele in der Schule – Wählen ab 16 ermöglichen!

Bürgerrechte stärken - Polizeiaufgabengesetz fortschreiben

Bürger entlasten-Kommunen mehr Entscheidungsfreiheit einräumen

Staatsvertrag Thüringen-Sachsen zur gemeinsamen JVA auf den Prüfstand stellen

Standardabbau vorantreiben – Steuer-und Beitragszahler entlasten

Talsperren nur in Ausnahmen zurückbauen – Wasserspeicher und Hochwasserschutz erhalten

Wohnimmobilienkreditrichtlinie muss wieder entschärft werden

Kosten der Ersttypisierung finanzieren – Knochenmarkspender entlasten!

Landapotheken stärken – pharmazeutische Versorgung sicherstellen!

GKV-Selbstverwaltungsstärkungsgesetz ablehnen – wir sagen NEIN! Zu einem staatlichen Gesundheitswesen

30. Ordentlicher Landesparteitag der FDP Thüringen
am 05.11.2016 in Bad Blankenburg

Seite 1 von 1

SATZUNGSÄNDERUNGSANTRAG

S 1

Antragsinhalt: **Änderung des § 16 Abs 3 Landessatzung (Teilnahme, Stimm- und Rederecht)**

Antragsteller: **Landesvorstand**

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 §16 Abs. 3 (Teilnahme, Stimm- und Rederecht) wird wie folgt geändert:
2
3 (3) Die hiernach auf jeden Kreisverband entfallende Delegiertenzahl wird vom
4 Landesvorstand festgestellt und den Kreisverbänden **nach der Neuberechnung vor dem**
5 **Beginn des Wahlzeitraumes (gemäß §45 Abs.3 Landessatzung)** mitgeteilt.
6
7 Stichtag für die Feststellung der Mitgliederzahlen und der Wählerstimmen ist jeweils der
8 **31.08. vor dem Beginn des Wahlzeitraumes (gemäß §45 Abs.3 Landessatzung)**.
9 Zur Ermittlung der Delegiertenzahl sind die Kreisverbände verpflichtet, dem Landesverband
10 spätestens bis **10. September vor dem Beginn des Wahlzeitraumes (gemäß §45 Abs.3**
11 **Landessatzung)** eine Liste ihrer Mitglieder mit Anschrift zur Verfügung zu stellen.
12

Begründung:

Nach der Wahl der Delegierten zum Parteitag bzw. Landesparteitag beträgt deren Amtszeit entsprechend dem §45 (Amtdauer) der Landessatzung zwei Jahre. Wenn wie bisher jährlich eine Neuberechnung nach § 16Abs3 & Abs4 erfolgt, können Veränderungen auftreten, die dazu führen, dass satzungsgemäß gewählten Delegierten zu Ersatzdelegierten herabgestuft werden.

Da weder die Landessatzung noch die LGO dieses Verfahren regeln ist ohne Satzungsänderung weiterhin die BGO anzuwenden. Nach § 6 Abs. 4 BGO wird abgeleitet, dass der "Verlust" von Delegiertenmandaten erfolgt.

Diese Verfahrensweise ist anzuwenden, da die LGO teil der Landessatzung und die BGO Teil der Bundessatzung sind und da § 28 Abs. 2 der Bundessatzung bestimmt, dass § 6 BGO „grundsätzlich“ ist und allen Landessatzungen „vorgeht“.

Hinweis:

Abänderungsanträge zu diesem Satzungsänderungsantrag sind nach § 47 Abs. 3 der Landessatzung bis spätestens Freitag, **21.10.2016**, 24.00 Uhr in der Landesgeschäftsstelle einzureichen (lgs-thueringen@fdp.de).

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**30. Ordentlicher Landesparteitag der FDP Thüringen
am 05.11.2016 in Bad Blankenburg**

Seite 1 von 1

SATZUNGSÄNDERUNGSANTRAG

S 2

Antragsinhalt: **Änderung des § 28 Abs 4 Landessatzung (Die Landesvertreterversammlung)**

Antragsteller: **Landesvorstand**

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 § 28 Abs.4 (Die Landesvertreterversammlung) wird wie folgt geändert:
2
3 (4) Auf Kreismitgliederversammlungen zur Wahl der Vertreter zu
4 Landesvertreterversammlung sind stimmberechtigt die FDP Mitglieder,
5 **welche im Gebiet des jeweiligen Kreisverbandes mit ihrer Hauptwohnung gemeldet**
6 **sind, unabhängig von der Zugehörigkeit zur jeweiligen Gliederung der Partei** und die
7 am Tage des Zusammentritts der Mitgliederversammlung für die bevorstehende Wahl
8 wahlberechtigt sind. Zum Vertreter kann nur gewählt werden, wer am Tage des
9 Zusammentritts der Landesvertreterversammlung wahlberechtigt ist für die Wahl, zu der die
10 Landesvertreterversammlung zur Wahl der Bewerber einer Landesliste einberufen worden
11 ist.

Begründung:

Nach Auskunft des Bundeswahlleiters ist bei der Wahl der Vertreter zur Landesvertreterversammlung für die Stimmberechtigung der Hauptwohnsitz des Parteimitglieds maßgeblich - nicht dessen Zugehörigkeit zu einer Parteigliederung. Für die Berechnung der Delegiertenmandate der Gliederung in der Landesvertreterversammlung ist die Zahl der dadurch stimmberechtigten Parteimitglieder jedoch ohne (!) Bedeutung; hier zählen nur die Mitglieder in der jeweiligen Gliederung.

Hinweis:

Abänderungsanträge zu diesem Satzungsänderungsantrag sind nach § 44 Abs. 3 der Landessatzung bis spätestens Freitag, **21.10.2016**, 24.00 Uhr in der Landesgeschäftsstelle einzureichen (lgs-thueringen@fdp.de).

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**30. Ordentlicher Landesparteitag der FDP Thüringen
am 05. November in Bad Blankenburg**

Seite 1 von 4

LEITANTRAG

Antragsinhalt: Leitantrag

Antragssteller: Landesvorstand

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 **Mit Mut und Optimismus die Zukunft gestalten – Reformstau in**
2 **Deutschland beenden!**

3
4 Deutschland geht es gut: Die Wirtschaft ist stabil und die Arbeitslosigkeit auf dem niedrigsten
5 Stand seit vielen Jahren. Dies schafft die deutsche Wirtschaft gemeinsam mit den
6 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Unternehmen. Statt jedoch die historische Chance zu
7 nutzen, die öffentlichen Haushalte nachhaltig zu sanieren, die Sozialausgaben
8 zurückzufahren und die Steuerzahler am Erfolg durch Senkung der Steuerlast zu beteiligen,
9 verharret die Große Koalition in einer Politik der Umverteilung und Mehrausgaben. Das
10 Resümee nach vier Jahren Schwarz-Rot im Bund muss daher lauten: Deutschland geht es
11 gut, trotz der „Politik mit der Gießkanne“ der Bundesregierung.

12
13 Ob Rente mit 63, Mütterrente, Mindestlohn oder Mietpreisbremse, stets ging es darum einer
14 bestimmten Klientel etwas zu geben. Die Bilanz der Großen Koalition besteht im
15 Wesentlichen aus einem Zurückdrehen der erfolgreichen Agenda-Politik und einem wilden
16 Großexperiment in der Migrationsfrage. Am Ende dieser Koalition wird Deutschland deutlich
17 weniger wettbewerbsfähig sein und seine politische Stabilität beträchtlich beschädigt haben.
18 Mit den gewaltigen parlamentarischen Mehrheiten wurde kleinkariert Politik gemacht und die
19 Erträge der Agenda 2010 verfrühstückt. Es bleibt dabei, in der Legislatur Merkel III haben wir
20 erlebt, wie klein eine Große Koalition sein kann.

21 Wenn zudem die Sondereffekte wie billiges Öl, Niedrigzinspolitik der EZB und billiger Euro
22 nicht mehr greifen, wird Deutschland ein Land sein, welches strukturell erheblich
23 reformbedürftig ist. Wir Freien Demokraten wollen mit unserer Reformagenda die Weichen
24 stellen, damit Deutschland zurückfindet auf den Weg der Modernisierung und
25 Wettbewerbsfähigkeit. Wir sind der Überzeugung, dass Deutschland nicht nur verwaltet
26 werden darf, sondern den Blick wieder auf die Gestaltung der Zukunft richtet. Wir wollen,
27 dass die Bundesrepublik zu einem Land der echten Chancen wird!

28
29 **I. Digitalisierung gestalten!**

30
31 Deutschland liegt auf vielen Gebieten zurück: vom Glasfaserausbau bis zur
32 Verwaltungsmodernisierung. Gelingt uns die Weichenstellung bei der Digitalisierung nicht, ist
33 unsere Wettbewerbsfähigkeit in Gefahr. Wir wollen daher:

- 34
35 • Digitalisierung als politisches Kernfeld gestalten: Die vielfältigen Herausforderungen
36 durch die Digitalisierung müssen zentrales politisches Handlungsfeld werden.
37 Deutschland benötigt eine umfassende Digitalisierungsstrategie. Wir wollen daher

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

30. Ordentlicher Landesparteitag der FDP Thüringen
am 05. November in Bad Blankenburg

Seite 2 von 4

LEITANTRAG

Antragsinhalt: Leitantrag

Antragssteller: Landesvorstand

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 38 einen Digitalisierungsbeauftragten im Kanzleramt als Schnittstelle zwischen den
39 Ministerien und Behörden, sodass die Maßnahmen aufeinander abgestimmt und
40 deren Umsetzungsprobleme in direktes Regierungshandeln übersetzt werden
41 können.
- 42 • Die öffentliche Verwaltung muss endlich die Chancen der Digitalisierung bei der
43 internen Prozess- und Ressourcensteuerung erkennen und entsprechende
44 Umsetzungspläne vorlegen. Verwaltung soll so dem Serviceanspruch der Bürger bei
45 höchstmöglicher Kosteneffizienz Rechnung tragen. Die Umsetzung der Maßnahmen
46 ist durch Benchmarking zu kontrollieren.
 - 47 • Verkauf der Telekomaktien: Der Bund hält gemeinsam mit der KfW einen Anteil von
48 knapp 32 Prozent am Aktienvolumen der Telekom. Die Anteile haben einen aktuellen
49 Wert von ca. 22 Milliarden Euro. Die durch die veräußerten Aktien erwirtschafteten
50 Erlöse sollen in einen Digitalisierungsfonds einfließen, aus dem der rasche
51 Breitbandausbau finanziert werden soll.

II. Fachkräftesicherung als Zukunftssicherung verstehen!

54
55 Bis zum Jahr 2030 wird die Zahl der Arbeitskräfte in Deutschland um 2,9 Millionen
56 schrumpfen. Fachkräfte sind jedoch die Lebensversicherung der Unternehmen in
57 Deutschland. Sie sind Impulsgeber, Innovationsträger und Umsetzer des „Made in
58 Germany“. Den Unternehmen genügend Fachkräfte zur Verfügung zu stellen, bleibt zentrale
59 Herausforderung der Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Sozialpolitik. Wir wollen daher:

- 60 • Erschließung brachliegender Potentiale zur Fachkräftesicherung durch Sozial- und
61 Arbeitsmarktpolitik. Dazu gehören: Qualifizierung Jugendlicher ohne Schul- und
62 Berufsabschluss sowie die Qualifizierung und Mobilisierung Langzeitarbeitsloser.
63 Aber auch mehr Förderung von Vollzeittätigkeiten statt Teilzeit für Frauen durch
64 Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Ebenso die Förderung der
65 Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte.
- 66 • Anpassung des Bildungssystems an geänderte demografische und soziale
67 Rahmenbedingungen. Grundlegendes Ziel des Bildungssystems muss neben der
68 Wissensvermittlung viel stärker die generelle Persönlichkeitsentwicklung sein. Hohe
69 Defizite in der Ausbildungsreife sind abzubauen, die Berufsausbildung ist zu
70 flexibilisieren. Die Aus- und Weiterbildung ist besser zu verzahnen und die Chancen
71 des lebenslangen Lernens zu nutzen und die Unterstützungs- und
72 Beratungsangebote auszubauen. Die Anerkennung ausländischer
73 Bildungsabschlüsse ist zu entbürokratisieren. Individuelle Bildungsangebote zur
74 besseren Eingliederung in das Beschäftigungssystem sind zu entwickeln.
75

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**30. Ordentlicher Landesparteitag der FDP Thüringen
am 05. November in Bad Blankenburg**

Seite 3 von 4

LEITANTRAG

Antragsinhalt: Leitantrag

Antragssteller: Landesvorstand

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 76 • Förderanreize für die betriebliche und außerbetriebliche Weiterbildung. Die
77 heterogene Förderkulisse (Länder, Bund, EU) verlangt mehr Transparenz, Beratung
78 und weniger Bürokratie.
79

80 **III. Steuerpolitik als Chancenpolitik**

81
82 In diesem Jahr hat die gute Konjunktur, die Steuereinnahmen weiter sprudeln lassen. Über
83 alle öffentlichen Haushalte hinweg rechnet der Arbeitskreis Steuerschätzung (148. Sitzung,
84 Stand Mai 2016) im Jahr 2017 gegenüber dem IST des Jahres 2015 mit Mehreinnahmen in
85 Höhe von 50,6 Milliarden Euro. Wir Freien Demokraten wollen den Bürgern, die diese
86 Steuern erarbeiten, etwas vom Erfolg der Konjunktur zurückgeben. Wir wollen daher:

- 87
88 • Die Abschaffung des Solidaritätszuschlages festschreiben
89 • Wir wollen ein Volk von Eigentümern, statt Volkseigentum. Die Grunderwerbssteuer
90 soll demnach erst ab einem Erwerbetrage von 500.000 Euro gelten. So können
91 auch Familien in Ballungszentren Eigentum erwerben und für das Alter vorsorgen.
92 Zudem wird die Attraktivität, Eigentum in ländlichen Regionen zu erwerben,
93 gesteigert.
94 • Die steuerliche Gleichstellung von Eigenkapital mit Fremdkapital bei Unternehmen.
95 • Die Weiterentwicklung des FDP-Stufenmodells hin zu einer Flat-Tax-Steuer.
96

97 **IV. Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt nachhaltig gestalten!**

98
99 Die politische Agenda wird aktuell durch kaum ein anders Thema bestimmt. Allerdings finden
100 sich kaum konkrete Vorschläge darunter, wie wir das Zusammenleben und die Integration
101 von Flüchtlingen ganz konkret gestalten können. Wir Freien Demokraten sind weiterhin der
102 Überzeugung, dass die beste und schnellste Integration noch immer am Arbeitsplatz
103 stattfindet. Grundlegend dafür ist jedoch, sowohl die Kompetenzen der Unternehmen als
104 auch die Kompetenzen der öffentlichen Hand zu bündeln, um so die Erfolgsaussichten der
105 Ausbildung erheblich zu steigern. Ein Partner allein scheitert an der komplexen
106 Herausforderung, Flüchtlinge im ersten Arbeitsmarkt zu etablieren. Um eine enge
107 verbindliche Wirkung der Ausbildungsverträge mit der den Flüchtling betreuenden Kommune
108 zu erreichen, muss es eine Vertragspartnerschaft zwischen öffentlich-rechtlicher
109 Gebietskörperschaft und dem Unternehmen geben. Wir Freien Demokraten wollen diese wie
110 folgt gestalten:

- 111
112 • Einführung einer dualen Ausbildung, die sich aus dem etablierten Modell betrieblicher
113 und berufsschulischer Ausbildung ergänzt um sprachliche Bildung als neuer
114 Komplexausbildung bildet.

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**30. Ordentlicher Landesparteitag der FDP Thüringen
am 05. November in Bad Blankenburg**

Seite 4 von 4

LEITANTRAG

Antragsinhalt: Leitantrag

Antragssteller: Landesvorstand

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 115 • Die triale Ausbildung soll in den ersten zwei Jahren mit rund 1000 Euro je
116 betrieblichem Ausbildungsplatz gefördert werden. Damit sind die innerbetrieblichen
117 Kosten für die Abstellung erfahrener Mitarbeiter bei Betreuung und Sprachvermittlung
118 in den Unternehmen abgegolten.

119
120 **V. Starker Rechtsstaat durch besseren Gesetzesvollzug**

121
122 Der liberale Rechtsstaat ist eine große Errungenschaft und das Regelwerk einer offenen
123 Gesellschaft. Er gewährleistet individuelle Freiheit, die Verlässlichkeit der Gesetze und deren
124 staatliche Durchsetzung. Der liberale Rechtsstaat ist ein schlanker Staat, der sich nicht in
125 das Privatleben seiner Bürger einmischt. Wenn es um seine Kernaufgaben geht, ist er aber
126 gleichzeitig auch ein starker Staat. Elementar dabei ist dabei die Durchsetzung der
127 Rechtsordnung, die er mit seinem Gewaltmonopol sichert.

128
129 Internationaler Terrorismus, anwachsende Gewalt politischer und religiöser Extremisten
130 sowie neue Formen der Kriminalität bedrohen unsere freie und offene Gesellschaftsordnung.
131 Dieser Herausforderung müssen wir uns stellen. Die Bürgerinnen und Bürger müssen sich
132 darauf verlassen können, dass der Rechtsstaat nicht nur überall gilt, sondern in jedem
133 Winkel unseres Landes auch durchgesetzt wird. Diesen Eindruck haben Teile der
134 Bevölkerung jedoch verloren. Aus dieser Verunsicherung darf keine dauerhafte
135 Vertrauenskrise werden. Wir Freien Demokraten wollen den liberalen Rechtsstaat mit
136 folgenden Maßnahmen zur Durchsetzung verhelfen:

- 137
138 • Die bestehenden Gesetze zum Schutz der Menschen strikt anwenden statt stetig
139 nach eine Verschärfung des Rechtsrahmens zu rufen.
140 • Wir wollen das Gefährder gezielt überwacht werden, statt alle Bürger unter
141 Generalverdacht zu stellen
142 • Mehr Personal weniger Aufgaben für die Polizei (u.a. Verlagerung der Zuständigkeit
143 bei Ordnungswidrigkeiten, Ruhestörung, Begleitung von Schwertransporten o.ä. auf
144 andere Behörden)
145 • Reduktion der Teils Überlangen Entscheidungswege in der Justiz, damit der Bürger
146 wieder Vertrauen fasst (Digitalisierung und e-Justice vorantreiben, Modell der
147 Schwerpunktstaatsanwaltschaften konsequent ausbauen,...)
148 • Den Einsatz der Bundeswehr im Innern lehnen wir Freien Demokraten weiterhin strikt
149 ab.

150
151 **Begründung:**

152 Begründung erfolgt mündlich.

153 *****

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

30. Ordentlicher Landesparteitag der FDP Thüringen
am 05. November in Bad Blankenburg

Seite 1 von 3

ANTRAG-NR. 1

Antragsinhalt: Sicherung der Gleichwertigkeit von Berufsbildung und akademischer Bildung
Berufsausbildung in Thüringen zukunftsorientiert gestalten

Antragsteller: **LFA 1 – Bildung, Wissenschaft, Hochschule und Kunst,
Jungen Liberalen (JuLis) Thüringen**

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Das Duale System der Berufsausbildung in Thüringen ausbauen

Die Freien Demokraten Thüringens sprechen sich dafür aus, dass jeder Mensch das Recht der freien Berufswahl ohne staatlichen Einfluss der Richtungslenkung hat. Für uns ist es dabei wichtig, dass jeder junge Erwachsene den seinen Interessen, Talenten und Begabungen entsprechenden Weg gehen kann, um die angebotene Vielfalt der Zukunfts- und Karrierechancen aktiv wahrzunehmen.

Thüringen als Industriestandort in der Mitte Deutschlands und in Europa ist im besonderen Maße auf hochqualifizierte Fachkräfte, vor allem im Bereich der Facharbeiter, Gesellen, Kaufleute sowie der Verwaltungsangestellten angewiesen. Eine moderne, an den Erfordernissen der Wirtschaft ausgerichtete Berufsausbildung ist deshalb einer der wichtigsten Faktoren für die Entwicklung einer zeitgemäßen und leistungsfähigen Wirtschaftsstruktur. In diesem Zusammenhang gilt: das Duale System der Berufsausbildung in Deutschland ist ein Erfolgsmodell und dient als Vorbild für viele Länder. Es muss deshalb nicht nur erhalten bleiben, sondern ausgebaut- bzw. an die Herausforderungen der modernen Industrieproduktion und der Arbeit im Handwerk weiterentwickelt werden. Alle derzeit noch bestehenden Behinderungen dieser Ausbildung müssen aufgelöst werden. Daraus leiten sich folgende konkrete Forderungen ab:

1. Sicherung der Gleichberechtigung von akademischer Bildung und dualer Berufsausbildung

Die duale Berufsausbildung ist neben der akademischen Bildung eine gleichberechtigte Säule des Bildungssystems und trägt eine große Verantwortung für aktuelle und zukünftige Fachkräftegenerationen bis hin zu den Entwicklungsperspektiven der Unternehmensnachfolgen und Existenzgründungen. Die duale Berufsausbildung hat neben den vielfältigen akademischen Abschlüssen gleichermaßen einen hohen gesellschaftlichen, respektierten Stellenwert. Eine reine fortschreitende Akademisierung der Berufswelt lehnen wir Thüringer Freien Demokraten ab. Mit Blick auf die Novellierung des Berufsschulnetzes in Thüringen erfordern der demographische Wandel im dualen System und insbesondere die Folgen der gesellschaftlichen Akademisierung der Berufswelt eine demographiefeste Zukunftsstruktur. Die FDP Thüringens fordert einen Abstimmungskonsens aller beteiligten Akteure mit dem Ziel am vielfältigen Angebot der beruflichen Schulen festzuhalten. Zu

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

30. Ordentlicher Landesparteitag der FDP Thüringen
am 05. November in Bad Blankenburg

Seite 2 von 3

ANTRAG-NR. 1

Antragsinhalt: Sicherung der Gleichwertigkeit von Berufsbildung und akademischer Bildung
Berufsausbildung in Thüringen zukunftsorientiert gestalten

Antragsteller: **LFA 1 – Bildung, Wissenschaft, Hochschule und Kunst,
Jungen Liberalen (JuLis) Thüringen**

Der Landesparteitag möge beschließen:

31 diesem Zweck fordern wir die Etablierung eines Abteilungsleiters für berufliche Bildung
32 mit Aufgabe der Koordinierung. Die FDP Thüringen befürwortet in diesem Zusammen-
33 hang die landkreisübergreifende Zusammenarbeit von Berufsschulträgern und Kommun-
34 nen sowie die Weiterentwicklung zu regionalen Berufsschulzentren. Zusammengefasst
35 haben Berufsschulen und Ausbildungsbetriebe gemeinsame Aufgaben aber auch unter-
36 schiedliche Ausbildungsprofile und demzufolge auch unterschiedliche Probleme

37

38 **2. Mehr Eigenverantwortlichkeit und Selbstständigkeit für die Berufsbildenden Schu-**
39 **len**

40 Den Berufsbildenden Schulen sollte vom verantwortlichen Ministerium mehr Vertrauen
41 entgegengebracht werden. Der Begriff „Eigenverantwortliche Schule“ sollte nun endlich
42 einmal vom Gängelbandstatus in den Eigenverantwortungsbetrieb übergehen, denn es
43 gibt vielfältige Möglichkeiten das starre System Schulnetz der berufsbildenden Schulen zu
44 lockern. Viele Probleme können von den Schulen vor Ort selbst und wirklich eigenständig
45 gelöst werden. Man kann beispielsweise und das wird seit Jahren vom zuständigen Minis-
46 terium blockiert, Berufe mit sehr großer inhaltlicher Überdeckung gemeinsam ausbilden,
47 ohne zusätzlichen Aufwand an Lehrerkapazität. Als Beispiel können hier die Berufe Kon-
48 struktionsmechaniker, Fachrichtung Metall- und Schiffbautechnik (Industrie) sowie Me-
49 tallbauer, Fachrichtung Konstruktionstechnik (Handwerk) dienen, die ohne weiteres zu-
50 sammen beschult werden können. Was in den Nachbarländern Hessen und Niedersachs-
51 en möglich ist sollte doch auch in Thüringen erfolgversprechend umgesetzt werden kön-
52 nen. Dies ist u.a. auch eine soziale Frage, nämlich die Kosten und Zeitaufwände der Azu-
53 bi verringern. Aus Sicht der FDP Thüringen muss das Ziel der neuen Berufsschulstruktur
54 sein, dass die Schulen vor Ort zusammen mit den Schulträgern und den regionalen Un-
55 ternehmen über das konkrete Profil der Schule entscheiden. In seiner Gesamtheit fordern
56 die Freien Demokraten Thüringen ein fachlich differenziertes Angebot, welches den Inte-
57 ressen der Berufsschüler und der Ausbildungsbetrieben bzgl. einer flächendeckenden,
58 betriebs- und wohnortnahen berufsschulischen Ausbildung Rechnung trägt.

59

60

61

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**30. Ordentlicher Landesparteitag der FDP Thüringen
am 05. November in Bad Blankenburg**

Seite 3 von 3

ANTRAG-NR. 1

Antragsinhalt: Sicherung der Gleichwertigkeit von Berufsbildung und akademischer Bildung
Berufsausbildung in Thüringen zukunftsorientiert gestalten

Antragsteller: **LFA 1 – Bildung, Wissenschaft, Hochschule und Kunst,
Jungen Liberalen (JuLis) Thüringen**

Der Landesparteitag möge beschließen:

62 **3. Berufswahl darf nicht an Mobilitätshemmnissen und Fahrtkosten scheitern**

63 Die freie Wahl des Ausbildungsberufes darf nicht an den Hürden mangelnder Mobilität
64 und der Höhe der Fahrtkosten scheitern. Dazu ist es aus Sicht der FDP Thüringen wich-
65 tig, die Arbeits-, Bildungs- und Wohnwelt besser zu vernetzen, um insbesondere auch der
66 Abwanderung von jungen Menschen entgegenzutreten. Deshalb fordern die Freien De-
67 mokraten Thüringen schnellstmöglich die Einführung eines thüringenweiten Mobilitäts-
68 tickets zur kostengünstigen ÖPNV-Nutzung für Schüler und Auszubildende nach dem Vor-
69 bild des Semestertickets für Studierende.

70 **4. Eine engere Vernetzung zwischen den allgemeinbildenden Schulen und der Wirt-
71 schaft sowie eine grundlegende Verbesserung der Ausbildungsfähigkeit der Schul-
72 abgänger**

73 Die Inhalte der Facharbeiter- und Gesellenausbildung in Handwerk und Industrie müssen
74 stärker in den Unterricht der allgemeinbildenden Schulen eingebunden werden. Diese
75 Schularten werden außerdem aufgefordert, die Ausbildungsfähigkeit ihrer Absolventen
76 stärker ins Blickfeld zu rücken. Dazu muss eine verstärkte Kompetenzförderung beson-
77 ders in den sog. „MINT-Fächern“ erfolgen. Das Institut der deutsche Wirtschaft (DIW) hat
78 in diesem Bereich bundesweit Defizite festgestellt, dort besonders in den Fächern
79 Deutsch, Mathematik, Naturwissenschaften und Informatik. Das System „Schule trifft
80 Wirtschaft“ soll ausgebaut werden.

81

82 **Begründung:**

83 Seit Jahren führt die duale Berufsausbildung in Thüringen ein Schattendasein. Das
84 Schulnetz, die Organisation und die gesetzlichen Vorgaben sind, bezogen auf eine opti-
85 male Ausbildung in Schule und Ausbildungsbetrieben, sind kontraproduktiv und ausbil-
86 dungsbehindernd. Die Struktur des Kultusministeriums ist im Bereich der dualen Ausbil-
87 dung weitgehend unzweckmäßig, besonders seitdem es keinen Abteilungsleiter für diese
88 Aufgabe mehr gibt.

89

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**30. Ordentlicher Landesparteitag der FDP Thüringen
am 05. November in Bad Blankenburg**

Seite 1 von 2

ANTRAG-NR. 2

Antragsinhalt: Die digitale Bildung als Zukunftsmodell

Antragsteller: **LFA 1 – Bildung, Wissenschaft, Hochschule und Kunst**

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Das Fach Informatik ist in allen Schulformen zu überarbeiten. Dabei geht es nicht mehr nur
2 um die Softwarenutzung und den Umgang mit Betriebssystemen, sondern es müssen Kom-
3 petenzen wie Abstraktion, Logik, Algorithmen und Datenrepräsentation bei den Lernenden
4 entwickelt werden, um bei der Komplexität der künftigen informatischen Systeme mithalten
5 zu können. Dabei sind auch ethische Gesichtspunkte und Sozialkompetenz zu entwickeln,
6 um Missbrauch und Fehlentwicklungen möglichst zu vermeiden. Dabei kann man sich an
7 internationalen Standards orientieren. Bei der Erstellung der Unterrichtsinhalte sollte eng mit
8 der Wirtschaft zusammengearbeitet werden, weil sie in der Lage sind, die berufliche Praxis in
9 den Unterricht einzubringen.

10

11 Begründung:

12 Die weltweit verfügbare und über das Internet zugängliche Informationsmenge ist so groß
13 geworden, dass diese Art der Wissensbeschaffung alle anderen Zugangswege in den Hin-
14 tergrund gedrängt hat. (Peter A. Hennig: Open Educational Resources – Freie Bildung für
15 Alle?) In der Wikipedia kommen pro Tag mehr als 400 neue deutsche Artikel hinzu. Weltweit
16 werden nach Angabe von Google innerhalb von zwei Tagen weltweit so viele Informationen
17 produziert, wie in den ersten 5000 Jahren der menschlichen Zivilisation. Das bedeutet, dass
18 sich auch die Lerninhalte und die Strategie der Wissensvermittlung ändern müssen. Hier
19 kommt auf die Didaktik und der Methodik des Informationsunterrichts eine Neuausrichtung
20 zu. Schülerseitig bedeutet das, dass die Wissensvermittlung auf die Entwicklung folgender
21 Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten abgestellt werden muss.

- 22
- 23 • Alle Schüler sollen die fundamentalen Prinzipien und Konzepte der
 - 24 Informatik verstehen und anwenden können, einschließlich der Bereiche
 - 25 Abstraktion, Logik, Algorithmen und Datenrepräsentation.
 - 26 • Alle Schüler sollen Probleme aus Sicht der Informatik analysieren können
 - 27 und über wiederholte Erfahrung darin verfügen, Computerprogramme zur
 - 28 Lösung solcher Probleme zu schreiben.
 - 29 • Alle Schüler sollen Informationstechnologie, auch neue und unvertraute
 - 30 Technologie, beurteilen und anwenden können, um Probleme analytisch
 - 31 zu lösen.
 - 32 • Alle Schüler sollen die verantwortungsvolle, kompetente, sichere und
 - 33 kreative Nutzung der Kommunikations- und Informationstechnologie
 - 34 beherrschen.

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**30. Ordentlicher Landesparteitag der FDP Thüringen
am 05. November in Bad Blankenburg**

Seite 2 von 2

ANTRAG-NR. 2

Antragsinhalt: Die digitale Bildung als Zukunftsmodell

Antragsteller: **LFA 1 – Bildung, Wissenschaft, Hochschule und Kunst**

Der Landesparteitag möge beschließen:

35 Das bedeutet jedoch auch, dass auch auf Seiten der Lehrer und dort besonders bei der Leh-
36 rerausbildung ein Umdenken stattfinden muss. Häufig sind Lehrer, die eine klassische Leh-
37 rerausbildung hatten, den hier beschriebenen Anforderungen nicht gewachsen. Es genügt
38 eben nicht, Unterrichtsräume mit einem Computer und Smartboard auszurüsten, wenn die
39 Lehrkräfte entweder damit nicht umgehen können oder die Technik nur zu einem Bruchteil
40 ihrer Möglichkeiten nutzen. Die Lehrerausbildung muss deshalb durchgreifend reformiert
41 werden, indem veraltete Lehrinhalte gegen neue technologiebezogene Inhalte getauscht
42 werden. Entsprechend muss auch die Fachdidaktik und Unterrichtsmethodik angepasst wer-
43 den. Für die Pflege und Wartung der entsprechenden Technik müssen die Sachaufwands-
44 träger ihre Aufgaben besser wahrnehmen.

45
46 Ein weiterer Gesichtspunkt sind die für den Unterricht bzw. für die eigenständige Schülerar-
47 beit zur Verfügung stehenden Informationsquellen und Bildungsressourcen. Hier besteht
48 eine gewisse Unübersichtlichkeit hinsichtlich Qualität und Zuverlässigkeit. Deshalb sollte
49 geprüft werden, ob es wirklich nötig ist, weiterhin teure institutionelle Bildungssysteme zu
50 unterhalten –oder könnte man nicht einfach durch diese frei verfügbaren Bildungsressourcen
51 (Open Educational Resources, OER) Milliarden einsparen.

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

30. Ordentlicher Landesparteitag der FDP Thüringen
am 05. November in Bad Blankenburg

Seite 1 von 1

ANTRAG-NR. 3

Antragsinhalt: Beschulung von Migranten, bzw. Migrantenkinder systematischer organisieren und durchführen

Antragsteller: **LFA 1 – Bildung, Wissenschaft, Hochschule und Kunst**

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die Beschulung von Migranten bzw. Migrantenkinder muss verändert werden, damit diese
2 überschaubar und sinnvoll gestaltet werden kann. Es müssen bei der Gestaltung dieses Pro-
3 zesses Maßnahmen getroffen werden, um diese Personengruppe effektiv zu integrieren.
4 Folgende administrative Maßnahmen sind aus unserer Sicht vorzunehmen:
- 5 • die Deutschkurse müssen effektiver und flächendeckender organisiert werden. Dazu sind
6 Maßnahmen zu ergreifen, die absichern, dass alle Migranten an diesen Lehrgängen teil-
7 nehmen. Bei den Kindern ist das je nach Alter in den entsprechenden Schularten durch-
8 zuführen. Für diese Aufgabe sind die entsprechenden Deutschlehrer abzustellen- bzw.
9 einzustellen. Es deshalb befremdlich, dass einjährige Verträge dieses Personenkreises
10 einfach auslaufen, ohne dass ein entsprechender Ersatz vorhanden ist.
- 11
- 12 • nach einer intensiven Sprachausbildung mit ausreichendem Sprachtraining muss eine
13 **Lernstandserhebung** erfolgen, um den individuellen Bildungsstand jedes Migrantens-
14 kindes zu erfassen. Danach erfolgt eine Eingliederung in die passende Schule. Aus die-
15 sem Grund müssen die Förderschulen im Land erhalten bleiben.
 - 16 • Schüler, die das 16. Lebensjahr erreicht haben müssen in eine duale Ausbildung einge-
17 gliedert werden. Dazu sind Ausbildungsbetriebe zu finden und gleichzeitig sind sie in das
18 System der Berufsbildenden Schulen zu übernehmen. Die BBS bestehen aber nicht nur
19 aus der dualen Ausbildung und ermöglichen eine gute Durchlässigkeit zu höheren Bil-
20 dungsabschlüssen, wenn entsprechende Begabungen erkennbar sind. Die dafür notwen-
21 digen Beratungen sollten durch die Arbeitsagenturen, aber auch durch die entsprechen-
22 den Beratungsgremien der Wirtschaft (IHK und/oder HWK) vorgenommen werden, um ei-
23 ne individuell passgenaue Ausbildung zu organisieren.

24 Begründung:

25 Bei der Beschulung von Migranten, bzw. Migrantenkinder fehlt es gegenwärtig an Systematik und es herrscht eine Unübersichtlichkeit, die eine sinnvolle Beschulung stark erschwert. Damit ist eine weitere Ausbildung, bzw. Beschulung nur bedingt möglich.

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**30. Ordentlicher Landesparteitag der FDP Thüringen
am 5. November 2016 in Bad Blankenburg**

Seite 1 von 1

ANTRAG-NR. 4

Antragsinhalt: Gemeinsam stärker und erfolgreich für unsere Jena-Saale-Holzland-Region
Antragsteller: **KV Jena, KV Saale-Holzland-Kreis, Dr. Thomas Nitzsche, Patrick Frisch**

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die beiden FDP-Kreisverbände Jena und Saale-Holzland-Kreis fusionieren zu einem
2 gemeinsamen FDP-Kreisverband „Jena-Saale-Holzland“ innerhalb der FDP Thüringen.

3 Begründung:

4 Der vorliegende Antrag zur gemeinsamen Fusion der beiden bisherigen FDP-Kreisverbände
5 Jena und Saale-Holzland erfolgt gemäß § 29 Abs. (1) Satz 2 der Landessatzung der FDP
6 Thüringen und soll vor allem der bisherigen sehr guten und stetig weiter vernetzten
7 Zusammenarbeit der beiden Kreisverbände nachhaltig Rechnung tragen.

8 Der Antrag zur Fusion ist der gemeinsame finale Schritt eines Prozesses des
9 Zusammenwachsens sowohl in struktureller als auch in inhaltlicher und organisatorischer
10 Hinsicht. Das gemeinsame Vorgehen wird getragen durch eine umfassende, vielseitige,
11 innerparteiliche Diskussion und Abstimmung mit den Mitgliedern der Kreisverbände sowie
12 jeweilige gefasste Grundsatzbeschlüsse auf den Kreismitgliederversammlungen der FDP
13 Jena und Saale-Holzland in diesem Jahr im Vorfeld dieses Landesparteitages.

14 Darüber hinaus ist es unser liberales Gestaltungsbekenntnis zu einer gemeinsamen Jena-
15 Saale-Holzland-Region, welche im Verlauf der vergangenen Jahre über bestehende Kreis-
16 und Stadtgrenzen hinweg in der Wahrnehmung der Lebensrealitäten der Menschen
17 zusammenwächst. Dieser gesellschaftliche Wandlungsprozess, welcher das jeweilige
18 politisch-einseitig betrachtete Stadt- und Landleben immer mehr aufbricht, stellt an alle
19 politischen und gesellschaftlichen Verantwortlichen auch immer neue Herausforderungen,
20 das Wohn-, Berufs-, Bildungs- und Freizeitleben der Menschen in der Jena-Saale-Holzland-
21 Region durch gemeinsame Initiativen zusammenzubringen.

22 Die Antragsteller verweisen mit ihrem Vorgehen auch als Vorbild auf die bereits bestehende
23 Arbeit zahlreicher Verbände, Organisationen und Institutionen aus Gesellschaft, Wirtschaft
24 und Kultur, welche die Jena-Saale-Holzland-Region bereits gemeinsam denken und leben.

25 Die Antragsteller bitten den Landesparteitag, diesem Wunsch der beiden Kreisverbände
26 Rechnung zu tragen und den Antrag zur gemeinsamen Fusion positiv zu unterstützen.

27

28 Weitere Begründung erfolgt mündlich.

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**30. Ordentlicher Landesparteitag der FDP Thüringen
am 05. November in Bad Blankenburg**

Seite 1 von 1

ANTRAG-NR. 5

Antragsinhalt: Politische Mitbestimmung statt abstrakter Planspiele in der Schule – Wählen ab 16 ermöglichen!

Antragsteller: **Jungen Liberalen (JuLis) Thüringen e.V.**

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die Freien Demokraten Thüringen sprechen sich dafür aus, das Mindestalter für das aktive
- 2 Wahlrecht bei der Wahl des Thüringer Landtags, analog zum Thüringer Kommunalwahlrecht,
- 3 auf 16 Jahre anzupassen. Das passive Wahlrecht soll unverändert beibehalten werden nach
- 4 Vollendung des 18. Lebensjahres.

- 5 Begründung:

- 6 Liberale jeden Alters bringen Menschen zuallererst Vertrauen und Zutrauen anstatt Miss-
- 7 trauen entgegen und wollen gesellschaftliche und politische Teilhabe fördern. Junge Men-
- 8 schen treffen bereits mit 16 Jahren wichtige zukunftsrelevante Lebensentscheidungen – et-
- 9 wa bei der Wahl einer Berufsausbildung oder bei der Wahl der Fächer mit erhöhtem Anforde-
- 10 rungsniveau für die allgemeine Hochschulreife. Viele von ihnen zahlen bereits Steuern, en-
- 11 gagieren sich in gesellschaftlichen Ehrenämtern oder nehmen in privaten Lebensbereichen
- 12 Verantwortung wahr.

- 13 Die aktuelle „Shell Jugendstudie“ und eine Studie der „Bertelsmann Stiftung“ zur Wahl-
- 14 forschung kommen übereinstimmend zu dem Ergebnis, dass eine frühe Auseinandersetzung
- 15 mit der persönlichen Wahlentscheidung die Identifikation mit der Demokratie stärkt, die politi-
- 16 sche Bildung erhöht und das Interesse an politischen Prozessen fördert.

- 17 Neben Pflichten genießen junge Menschen ab 16 Jahren auch bestimmte Rechte. Das akti-
- 18 ve Wahlrecht bei der Wahl des Thüringer Landtags sollte wie bei Thüringer Kommunal-
- 19 wahlen dazugehören.

- 20

- 21 Weitere Begründung erfolgt mündlich.

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**30. Ordentlicher Landesparteitag der FDP Thüringen
am 05. November in Bad Blankenburg**

Seite 1 von 1

ANTRAG-NR. 6

Antragsinhalt: Bürgerrechte stärken -Polizeiaufgabengesetz fortschreiben

Antragsteller: **Dirk Bergner, KV Greiz**

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die FDP Thüringen setzt sich dafür ein, die Möglichkeiten zur Bespitzelung von Berufsge-
2 heimnisträgern weitgehend zu beschränken und das Thüringer Polizeiaufgabengesetz zu
3 modernisieren.

4

5 Begründung:

6

- 7 Nach dem Scheitern des alten Polizeiaufgabengesetzes (PAG) vor dem Verfassungsgericht
8 legte die damalige schwarz-rote Koalition ein neues Gesetz vor, das sich aus Sicht der
9 Freien Demokraten wiederum als verfassungswidrig erwies. Die damalige Normenkontroll-
10 klage kam nur durch die Verschleppungstaktik der Koalition und das Wahlergebnis 2014
11 nicht zum Tragen. Entgegen der damaligen Positionierung von Linken und Grünen zum PAG
12 ist das Interesse von RRG an einem PAG, das sich an den Rechten der Bürger orientiert und
13 zugleich der Polizei klare Handlungsrichtlinien bietet, offenkundig nach dem Regierungsan-
14 tritt erlahmt. Weitere Begründung erfolgt mündlich.

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**30. Ordentlicher Landesparteitag der FDP Thüringen
am 05. November in Bad Blankenburg**

Seite 1 von 1

ANTRAG-NR. 7

Antragsinhalt: Bürger entlasten-Kommunen mehr Entscheidungsfreiheit einräumen

Antragsteller: **Dirk Bergner, KV Greiz**

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die FDP Thüringen setzt sich weiterhin dafür ein, den Thüringer Kommunen die Erhebung
- 2 von Kommunalabgaben freizustellen und hierfür das Kommunalabgabengesetz und die Thü-
- 3 ringer Kommunalordnung zu ändern.

4

5 Begründung:

6

- 7 In der 5. Legislaturperiode des Thüringer Landtags war die FDP-Fraktion die erste Fraktion,
- 8 die ein Konzept zur Entlastung der Thüringer bei Straßenausbaubeiträgen + Co. im Sinn der
- 9 o.g. Formulierung vorlegt. Alle Vorstöße der Freien Demokraten zur Abschaffung der Pflicht
- 10 zur Erhebung von Kommunalabgaben wurden durch die Landtagsmehrheit verhindert. Das
- 11 später vorgelegte Konzept der Linken und Grünen der so genannten Infrastrukturabgabe
- 12 erwies sich als verfassungswidrig. Bis heute hat entgegen vollmundiger Ankündigungen die
- 13 Koalition keine hinreichende Lösung vorgelegt. [Weitere Begründung erfolgt mündlich.]

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**30. Ordentlicher Landesparteitag der FDP Thüringen
am 05. November in Bad Blankenburg**

Seite 1 von 1

ANTRAG-NR. 8

Antragsinhalt: Staatsvertrag Thüringen-Sachsen zur gemeinsamen JVA auf den Prüfstand stellen

Antragsteller: **Dirk Bergner, KV Greiz**

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die FDP Thüringen setzt sich dafür ein, den Staatsvertrag zwischen Thüringen und Sachsen
- 2 auf den Prüfstand zu stellen sowie kostengünstigere Alternativen zu prüfen.

3

4 Begründung:

5

- 6 Gegen die Warnungen der FDP-Fraktion im fünften Thüringer Landtag wurde der Staatsver-
- 7 trag über einer gemeinsame JVA Ostthüringen / Westsachsen mit dem Standort Zwickau
- 8 ohne einen hinreichenden Planungsstand durch alle Fraktionen außer der FDP beschlos-
- 9 sen. Jüngste Pressemeldungen berichten davon, dass sich inzwischen im Rahmen der Vor-
- 10 planung die voraussichtlichen Kosten um 21 Millionen Euro erhöht haben. Weitere Begrün-
- 11 dung erfolgt mündlich.

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**30. Ordentlicher Landesparteitag der FDP Thüringen
am 05. November in Bad Blankenburg**

Seite 1 von 1

ANTRAG-NR. 9

Antragsinhalt: Standardabbau vorantreiben – Steuer- und Beitragszahler entlasten

Antragsteller: **Dirk Bergner, KV Greiz**

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die FDP Thüringen setzt sich dafür ein,
 - 2 1. Standards abzubauen und zu vereinfachen, die sich als nicht zwingend notwendig
 - 3 oder zumindest teilweise überzogen erweisen, um so Wirtschaft und Gesellschaft von Kos-
 - 4 ten und bürokratischem Aufwand zu entlasten.
 - 5 2. In diesem Sinne ein Standarderprobungsgesetz einzuführen, das kommunalen Ge-
 - 6 bietskörperschaften die Abweichung von Standards erlaubt, wenn das zu erzielende Ergeb-
 - 7 nis auch einfacher erlangt werden kann
 - 8 3. bestehende Regelungen im Freistaat zur Abweichung von Standards zu evaluieren,
 - 9 mit neuem Leben zu erfüllen und ggf. fortzuschreiben.

10

11 Begründung:

12

13 In zunehmendem Maße werden wirtschaftliche, verwaltungstechnische und politische Ablä-
14 ufe durch immer mehr, immer kompliziertere und immer schwerer handhabbare Standards
15 und Regulierungen erschwert und verteuert. Ziel des Vorstoßes ist es, Potenziale zur Entlas-
16 tung von Unternehmen und Gesellschaft aufzuzeigen und freizusetzen.

17

18 Weitere Begründung erfolgt mündlich.

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**30. Ordentlicher Landesparteitag der FDP Thüringen
am 05. November in Bad Blankenburg**

Seite 1 von 1

ANTRAG-NR. 10

Antragsinhalt: Talsperren nur in Ausnahmen zurückbauen – Wasserspeicher und Hochwasserschutz erhalten

Antragsteller: **Dirk Bergner, KV Greiz**

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die FDP Thüringen setzt sich dafür ein, den Rückbau von Talsperren nur noch in sorgfältig begründeten
- 2 Ausnahmen zuzulassen. Vielmehr ist unter der Annahme zunehmender Witterungsspitzen sowohl das Speichervolumen zu erhalten, um bei Niedrigwasser Zuschusswasser an Flussläufe geben
- 3 und Brauchwasser für Industrie und Landwirtschaft bereitstellen zu können, als auch bei Hochwasser
- 4 in angemessenem Rahmen Rückhalteraum (Retentionsvolumen) vorhalten zu können. Darüber hinaus ist das Potenzial der Thüringer Talsperren für die Energiegewinnung stärker zu nutzen
- 5
- 6
- 7
- 8 Begründung:
- 9
- 10 erfolgt mündlich.

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**30. Ordentlicher Landesparteitag der FDP Thüringen
am 5. November 2016 in Bad Blankenburg**

Seite 1 von 1

ANTRAG-NR: 11

Antragsinhalt: Wohnimmobilienkreditrichtlinie muss wieder entschärft werden

Antragsteller: KV Erfurt, Thomas L. Kemmerich, Tim Wagner

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die Freien Demokraten Thüringen fordern die Landesregierung auf, den Reformentwurf von Baden-
- 2 Württemberg und Hessen (seit 14.10.2016 auch Bayern) (Bundesrat Drucksache 578/16) zur
- 3 Überarbeitung der Umsetzung der EU-Wohnimmobilienkreditrichtlinie im Bundesrat zu unterstützen.

4 Begründung:

5 Das Gesetz zur EU-Wohnimmobilienkreditrichtlinie wurde bereits im Frühjahr vom Bundestag
6 beschlossen und legt im Hauptsächlichen ihr Augenmerk unsinnigerweise nicht mehr auf die
7 Immobilie, sondern deren Kreditnehmer. Die Kreditvergabe für die Mittelschicht ist damit enorm
8 erschwert. Bereits bei Beantragung eines Immobilienkredits zählt verstärkt die Wahrscheinlichkeit
9 einer zukünftigen Kreditwürdigkeit. Die Rechtsunsicherheit im Allgemeinen ist groß, die Aufnahme
10 von Krediten, gerade für junge Familien oder Senioren, ist viel schwieriger geworden. Es kann nicht
11 sein, dass für viele eine Immobilie nur Illusion bleibt, weil ein Umsetzungsgesetz der Großen Koalition
12 zu regulierend und spekulativ in die Zukunft von Menschen blickt, die eventuell so nicht mal im
13 Entferntesten eintritt.

14 Weil bei der Umsetzung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie in deutsches Recht durch das Gesetz
15 die Gestaltungsmöglichkeiten zur Umsetzung der EU-Wohnimmobilienkreditrichtlinie, die der
16 europäische Gesetzgeber bewusst vorgesehen bzw. zugelassen hatte, nicht genutzt wurden,
17 wird die Vergabe von Immobilienkrediten an eine Vielzahl von Verbraucherinnen und
18 Verbrauchern erheblich erschwert oder sogar unmöglich gemacht.

19 Ziel des Gesetzesantrages von Baden-Württemberg und Hessen, dem sich Bayern bereits
20 angeschlossen hat, ist es deshalb, Umsetzungsdefizite zu beseitigen, um die Vergabe von
21 Immobilie-Verbraucherdarlehen an Verbraucherinnen und Verbraucher in Deutschland nicht
22 an strengere Voraussetzungen zu knüpfen als in anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union.

23

24 Weitere Begründung erfolgt mündlich.

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**30. Ordentlicher Landesparteitag der FDP Thüringen
am 05. November in Bad Blankenburg**

Seite 1 von 1

ANTRAG-NR. 12

Antragsinhalt: Kosten der Ersttypisierung finanzieren – Knochenmarkspender entlasten!

Antragsteller: **LFA IV, KV Wartburgkreis-Eisenach, Robert-Martin Montag**

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die Freien Demokraten fordern, dass die Kosten der Ersttypisierung zukünftig durch Mittel des Bun-
- 2 des und des Landes zu tragen sind. Dazu ist das Finanzierungsverfahren bei der Reproduktionsmedi-
- 3 zin adäquat auch für die Finanzierung der Ersttypisierung anzuwenden.

- 4 Seit 2012 fördert der Bund die künstliche Befruchtung bei ungewollt kinderlosen Ehepaaren. Voraus-
- 5 setzung dafür ist, dass sich das zuständige Bundesland mit gleicher Summe finanziell beteiligt.

- 6
- 7 Begründung:

- 8
- 9 Die Heilungschancen der an Leukämie oder anderen lebensbedrohlichen Erkrankungen des blutbil-
- 10 denden Systems Erkrankten können durch Knochenmarkspenden deutlich verbessert werden.

- 11 Die dafür erforderlichen potentiellen Stammzellspender werden über Typisierungsaktionen ermittelt,
- 12 die von der DKMS Deutsche Knochenmarkspenderdatei gemeinnützige Gesellschaft mbH mit Sitz in
- 13 Tübingen mit Hilfe privater Initiativen und Unternehmen organisiert werden. Die Kosten einer Erstty-
- 14 pisierung belaufen sich derzeit auf ca. 40 € pro Person.

- 15 Diese Kosten werden, im Gegensatz zu den später erforderlichen weiteren Typisierungsmaßnahmen
- 16 im Hinblick auf eine konkrete Stammzelltransplantation, bisher nicht von den Krankenkassen/-
- 17 versicherungen übernommen. Der potentielle Spender kann diese entweder selber tragen oder sie
- 18 werden von Organisationen wie dem Verein „LEUKIN – Verein zur Hilfe leukämiekranker Kinder e.V.“-
- 19 übernommen, die dafür Spendengelder einsammeln. Solche Vereine stehen naturgemäß vor dem
- 20 Problem, dass nicht genügend Spendengelder zur Verfügung stehen um die Ersttypisierung aller frei-
- 21 willigen Spender übernehmen zu können.

- 22 Die Freien Demokraten wollen hier eine Finanzierungslösung, wie es bereits seit 2012 Finanzierung
- 23 der künstlichen Befruchtung besteht. Dies würde die Bereitschaft der Stammzellenspende deutlich
- 24 erhöhen.

- 25 Weitere Begründung erfolgt mündlich.

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**30. Ordentlicher Landesparteitag der FDP Thüringen
am 05. November in Bad Blankenburg**

Seite 1 von 3

ANTRAG-NR. 13

Antragsinhalt: Landapotheken stärken – pharmazeutische Versorgung sicherstellen!!

Antragsteller: **LFA IV, Robert-Martin Montag**

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 In Anbetracht des demografischen Wandels ist die Aufrechterhaltung einer flächendeckenden medi-
2 zinischen Versorgung von entscheidender Bedeutung. Nur so hat man eine Chance, die in vielen
3 Landkreisen Thüringens schon heute zu beobachtende, fortschreitende Landflucht erfolgreich zu
4 stoppen.

- 5 Das Augenmerk hat sich in den letzten Jahren gerade in der Fläche weitgehend auf den drohenden
6 Ärztemangel gerichtet. Eine ebenso wichtige Rolle bei der medizinischen Versorgung spielen aber
7 auch die Apotheken. Dabei kämpfen viele Apotheken inzwischen um ihr Überleben, viele Apotheken
8 waren bereits gezwungen aufzugeben.

- 9 Nur gemeinsam werden Ärzte und Apotheker auch in Zukunft in der Lage sein, die Qualität unserer
10 medizinischen Versorgung auch im ländlichen Raum aufrecht zu erhalten. Ein guter persönlicher Kon-
11 takt und eine vielfach zeitintensive Beratung sind für eine erfolgreiche Therapie unverzichtbar.

- 12 Unsere Apotheken helfen sicherzustellen, dass die vom Arzt verordnete Therapie auch wirklich um-
13 gesetzt wird, Arzneimittel korrekt eingenommen werden und wichtige Fragen im direkten Kontakt
14 erkannt und angesprochen werden. Dabei wird es immer wichtiger, das alte und nicht mehr mobile
15 Patienten auch zu Hause aufgesucht werden. Hier ist der Landarzt auf die Unterstützung durch die
16 Apotheken angewiesen.

- 17 Wenn schon jetzt immer mehr Apotheken dichtgemacht werden müssen, da sie keine wirtschaftliche
18 Perspektive mehr sehen und zudem eine große Zahl von Landärzten in absehbarer Zeit in den Ruhe-
19 stand gehen wird, drohen weiße Flecken in der medizinischen Versorgung.

- 20 Die Freien Demokraten Thüringen haben diese Problematik erkannt. Über die inzwischen von der
21 Bundesregierung beschlossenen Ansätze zur Stärkung der landärztlichen Versorgung hinaus muss
22 auch den öffentlichen Landapotheken wieder eine Perspektive geboten werden.

- 23 Sicherheit in der Arzneimittelversorgung:

- 24 Die Apotheken haben bei der Kontrolle von Arzneimittelfälschungen eine Schlüsselrolle. Durch Fäl-
25 schungen entsteht nicht nur ein großer ökonomischer Schaden, viel wichtiger ist dabei die konkrete
26 Gefährdung der Patientengesundheit. Anders als beim anonymen Apothekenversand über das Inter-
27 net kann hier der Apotheker vor Ort im direkten Gespräch mit dem Patienten entgegenwirken.

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**30. Ordentlicher Landesparteitag der FDP Thüringen
am 05. November in Bad Blankenburg**

Seite 2 von 3

ANTRAG-NR. 13

Antragsinhalt: Landapotheken stärken – pharmazeutische Versorgung sicherstellen!!

Antragsteller: **LFA IV, Robert-Martin Montag**

Der Landesparteitag möge beschließen:

28 Steigende Polymedikation:

29 Die Landbevölkerung wird älter, ein immer größerer Teil der Patienten nimmt fünf oder mehr Medi-
30 kamente dauerhaft ein. Gemeinsam mit den Ärzten muss daher das Medikations-management wei-
31 terentwickelt werden, um unerwünschte Interaktionen zu vermeiden und die Therapietreue der Pa-
32 tienten zu verbessern. Aus Sicht der Freien Demokraten reicht der im E-Health-Gesetz verankerte
33 Medikationsplan nicht aus. Eine Liste mit Medikamenten hilft dem Patienten nicht weiter, sondern
34 nur eine qualifizierte Beratung durch Apotheker, Ärzte und Supportivstrukturen wie agneszwei,
35 VERAH oder MoNi im häuslichen Umfeld (Kontrolle der Einnahme, Vermeidung von Einnahmefeh-
36 lern). Hierfür sind interdisziplinäre Versorgungs- und Betreuungspfade zu entwickeln, die die Arznei-
37 mitteltherapiesicherheit (AMTS) deutlich stärken.

38 Bei allen ökonomischen Erfordernissen des Apothekenbetriebs muss die wissenschaftlich fundierte
39 Beratung des Patienten im Mittelpunkt stehen. Dafür bedarf es auch einer angemessenen Vergütung.
40 Die FDP fordert eine regelmäßige Überprüfung der Vergütungsstrukturen, die dem wachsenden Auf-
41 gabenprofil der Landapotheken Rechnung tragen. Die Apotheken brauchen dazu ausreichende wirt-
42 schaftliche Rahmenbedingungen.

43 Bürokratielasten überprüfen:

44 Die Krankenkassen können mit den Arzneimittelherstellern seit 2007 Rabattverträge abschließen.
45 Inzwischen gibt es mehr als 18.600 kassenspezifische Rabattverträge, die vorschreiben, welcher Pati-
46 ent welches konkrete Präparat von welchem Hersteller erhalten kann. Der Patient wird durch ständig
47 wechselnde Produkte verunsichert, den Apotheken ein unzumutbarer administrativer Aufwand zu-
48 gemutet. Dennoch steigen die Zuzahlungen der Patienten kontinuierlich. Das System der Rabattver-
49 träge muss endlich kritisch auf seinen Nutzen überprüft werden.

50 Qualifikation und Fortbildung:

51 Damit auch zukünftig genügend Apotheken einen Nachfolger finden, wollen wir die Ausbildung an
52 der Universität Jena stärken. Nur wer in der Region lernt, erste Erfahrungen sammeln kann und um
53 die beruflichen Chancen in der Region weiß, kann als junge Fachkraft in Thüringen gehalten werden.

54 Die nicht-akademischen Apothekenberufe wie PTA (Apothekenassistent) und PKA (Apothekenhelfer,
55 Pharm. Assistent und Apothekenfacharbeiter) spielen besonders in den Landapotheken eine zuneh-

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**30. Ordentlicher Landesparteitag der FDP Thüringen
am 05. November in Bad Blankenburg**

Seite 3 von 3

ANTRAG-NR. 13

Antragsinhalt: Landapotheken stärken – pharmazeutische Versorgung sicherstellen!!

Antragsteller: **LFA IV, Robert-Martin Montag**

Der Landesparteitag möge beschließen:

56 mend wichtige Rolle. Die Attraktivität dieser Berufe wird neben einer attraktiven Vergütung aber
57 besonders von den Möglichkeiten einer individuellen Weiterqualifizierung abhängen. Mit einer sub-
58 stantiellen Zusatzausbildung kann der PTA-Beruf entsprechend den früheren Pharmazieingenieuren
59 aufgewertet werden, so dass auch eine Vertretungsfunktion wahrgenommen werden kann.

60 Heilberufliche Netzwerke können eine ausgedünnte Leistungsstruktur kompensieren helfen. Das ist
61 eine wichtige und interessante Herausforderung für die Apotheken im ländlichen Raum. Entschei-
62 dend ist allerdings die technische Basis für die Kommunikation unter den Beteiligten. Hier sind be-
63 sonders die Apotheken gefordert, zu helfen eine geeignete IT-Strategie zu entwickeln.

64 Erhalt des Freien Berufes:

65 Anders als bei Ärzten gibt es für Apotheker keinen unmittelbaren Versorgungsauftrag. Aber nur
66 durch das besondere Engagement des freiberuflichen Apothekers kann dennoch eine ausreichende
67 Versorgung auch unter den schwieriger werdenden Rahmenbedingungen sichergestellt werden. Alles
68 was die Entscheidung eines jungen Apothekers oder einer Apothekerin, auch heutzutage noch eine
69 Apotheke zu übernehmen, sei es in Erbfolge oder in einer freien Übernahme, unnötig erschwert,
70 gehört daher auf den Prüfstand.

71

72 Begründung:

73 Erfolgt mündlich.

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**30. Ordentlicher Landesparteitag der FDP Thüringen
am 05. November in Bad Blankenburg**

Seite 1 von 2

ANTRAG-NR. 14

Antragsinhalt: GKV-Selbstverwaltungsstärkungsgesetz ablehnen – wir sagen NEIN! Zu einem staatlichen Gesundheitswesen

Antragsteller: **LFA IV, Robert-Martin Montag**

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die Freien Demokraten Thüringen lehnen das geplante GKV-Selbstverwaltungsstärkungsgesetz ab
- 2 und warnen ausdrücklich vor der Aushöhlung der Selbstverwaltung im Gesundheitssystem.

- 3 Es droht die Entmündigung der Körperschaften!

- 4 Dieser Euphemismus – der zur einhelligen Ablehnung bei allen Körperschaften führt die angeblich
- 5 gestärkt werden sollen – erlaubt es zukünftig den Ministerien und Aufsichtsbehörden Entscheidungen
- 6 der Selbstverwaltungsorgane direkt zu korrigieren. Dies ist der Einstieg in ein staatlich-
- 7 dirigistisches Gesundheitswesen, welches nicht nach tatsächlichen Bedarfen und Fachlichkeit, son-
- 8 dern rein politisch Gesichtspunkten gestaltet würde.

- 9 Die Partner der Selbstverwaltung untereinander, aber auch ihre Kooperation mit den Aufsichtsbe-
- 10 hörden garantieren seit Jahrzehnten eine Sicherstellung der gesundheitlichen Versorgung in Deutsch-
- 11 land. Die jetzt geplanten Regelungen entmündigen diejenigen Körperschaften, die den geltenden
- 12 Vorschriften sorgfältig und ordnungsgemäß nachgekommen sind.

- 13 Der Staat ist nicht der bessere Mediziner und Versorgungsgestalter!

- 14 Mehr noch, die hohe Kompetenz und Qualität des deutschen Gesundheitswesens beruht darauf, dass
- 15 zwischen staatlichem Dirigismus und reinen Marktprinzipien die Selbstverwaltung die Bedarfe und
- 16 Erfordernisse zur Ausgestaltung adäquater Lösungen im Gesundheitssystem erarbeitet. Der Staat
- 17 muss sich – außer der Setzung des gesetzlichen Rahmens – aus der direkten Entscheidungssetzung
- 18 heraushalten.

- 19 Ein Genehmigungsvorbehalt für die Haushalte der betroffenen Institutionen, Weisungsmöglichkeiten
- 20 des BMG zur Rechtsanwendung ohne Klagemöglichkeit, eine direkte Berichtspflicht der internen
- 21 Revision einer Körperschaft an das Ministerium und die Möglichkeit der Abwahl des Vorsitzenden der
- 22 Vertreterversammlung mit einfacher Mehrheit sind die Daumenschrauben, die künftig den Hand-
- 23 lungsspielraum der Körperschaften gen null reduzieren würden.

24

25 Begründung:

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

**30. Ordentlicher Landesparteitag der FDP Thüringen
am 05. November in Bad Blankenburg**

Seite 2 von 2

ANTRAG-NR. 14

Antragsinhalt: GKV-Selbstverwaltungsstärkungsgesetz ablehnen – wir sagen NEIN! Zu einem staatlichen Gesundheitswesen

Antragsteller: **LFA IV, Robert-Martin Montag**

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 26 Das BMG beabsichtigt mit einem GKV-Selbstverwaltungsstärkungsgesetz die Rechtsaufsicht über die
27 Spitzenorganisationen der Gesetzlichen Krankenversicherung – die Kassenärztliche Bundesvereini-
28 gung, die KZBV, den GKV-Spitzenverband, den G-BA sowie den Medizinischen Dienst – erheblich zu
29 erweitern. In der Diskussion sind unter anderem engere Vorgaben zu Vermögensanlagen und Be-
30 triebsmitteln, erweiterte Prüf- und Mitteilungspflichten sowie verschärfte Kontroll- und Eingriffsrech-
31 te der Ministerien auf Bunds- und Landesebene.
- 32 Durch zusätzliche Bürokratie und ausgeweitete Eingriffsmöglichkeiten der Aufsichtsbehörde würden
33 die Selbstverwaltungskompetenzen erheblich eingeschränkt und die Selbstverwaltungsidee in Frage
34 gestellt. Das vorgesehene Erfordernis einer Zwei-Drittel-Mehrheit für die Wahl des Vorstandsvorsit-
35 zenden kann nur als realitätsfern zurückgewiesen werden. Wahlentscheidungen obliegen den Mit-
36 gliedern der Vertreterversammlung und sind keine Rechtssetzungsakte.
- 37 Um die Handlungsfähigkeit der Selbstverwaltungskörperschaft sicherzustellen, muss es der demokra-
38 tisch verfassten Organisation überlassen bleiben, in ihrer Satzung geeignete Bestimmungen für das
39 Wahlverfahren aufzunehmen.
- 40 Weitere Begründung erfolgt mündlich.

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen: